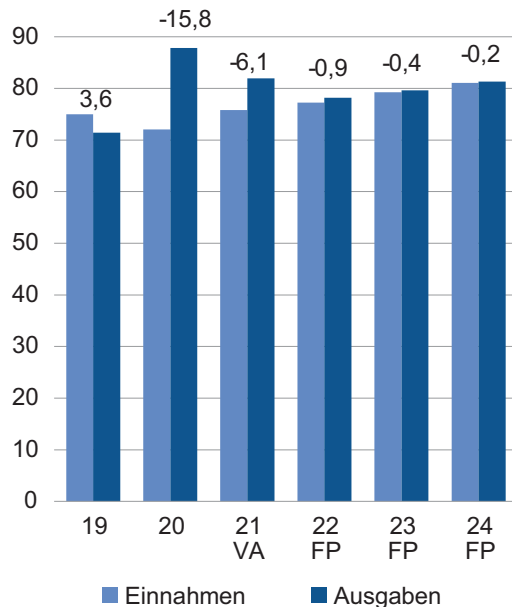


Rechnungsergebnis 2020

Finanzierungsrechnung, Finanzierung der Ausgaben in Mrd.



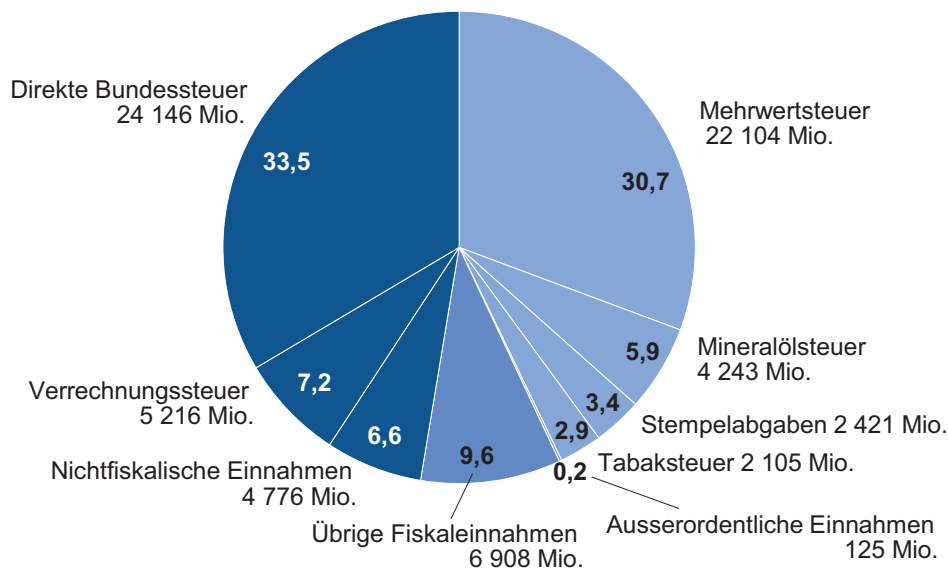
Die Corona-Pandemie führt beim Bund zu tieferen Einnahmen und umfangreichen Mehrausgaben. Im Jahr 2020 resultierte deshalb ein rekordhohes Finanzierungsdefizit von 15,8 Milliarden. Die wirtschaftliche Entwicklung wurde 2020 durch die Corona-Pandemie und die Massnahmen zu ihrer Eindämmung stark gebremst. Anstatt des im Voranschlag erwarteten nominalen **Wirtschaftswachstums** von 2,3 Prozent des Bruttoinlandprodukts, resultierte schliesslich ein Rückgang von 3,4 Prozent. Die **Einnahmen** blieben infolge des Wirtschaftseinbruchs unter dem Vorjahr (-4,0 % oder -3,0 Mrd.) und unter dem Budget (-3,6 Mrd.). Die **Ausgaben** waren um 16,4 Milliarden (+23 %) höher als im Vorjahr und lagen auch über dem Voranschlag 2020 (+12,5 Mrd.).

Im ordentlichen Haushalt wäre aufgrund des Wirtschaftseinbruchs ein konjunkturbedingtes Defizit von 2,9 Milliarden zulässig gewesen. Effektiv ergab sich ein ordentliches Finanzierungsdefizit von 1,2 Milliarden. Damit wurden die Vorgaben der **Schuldenbremse** für den ordentlichen Haushalt übertroffen (struktureller Überschuss von 1,6 Mrd.). Die Ausgaben zur Bewältigung der Corona-Pandemie beliefen sich im Jahr 2020 auf insgesamt 15 Milliarden (siehe [Übersicht](#)). Sie fielen vor allem als ausserordentliche Ausgaben an (14,7 Mrd.). Die Ausnahmebestimmung der Schuldenbremse konnte in Anspruch genommen werden, weil mit der Corona-Pandemie eine aussergewöhnliche und vom Bund nicht steuerbare Entwicklung vorlag. Damit wird sichergestellt, dass die ordentliche Aufgabenerfüllung nicht vom ausserordentlichen Zahlungsbedarf verdrängt wird. Die ausserordentlichen Ausgaben werden dem Amortisationskonto belastet, welches per Ende 2020 einen Fehlbetrag von 9,8 Milliarden aufweist.

Der hohe Finanzierungsbedarf wurde gedeckt, indem der Bund seine Verschuldung erhöhte (+6,6 Mrd.) und gleichzeitig sein Finanzvermögen reduzierte (-8,7 Mrd.). Die **Bruttoschulden** stiegen damit auf 103,6 Milliarden (+6,6 Mrd.). Die Nettoschulden berücksichtigen beide Grössen (Bruttoschulden abzgl. Finanzvermögen); sie stiegen um 15,3 Milliarden an.

Einnahmen 2020

Anteile in Prozent



Mehrwertsteuer: 22 104 Mio.

Die Mehrwertsteuer machte 30,7 Prozent der Einnahmen aus. Damit ist sie zusammen mit der Direkten Bundessteuer die wichtigste Einnahmequelle des Bundes. Besteuert wird der inländische Konsum. Dazu zählt der Bezug von inländischen Gütern und Leistungen, aber auch die Importe. Die Exporte unterliegen nicht der Mehrwertsteuer.

Direkte Bundessteuer: 24 146 Mio.

Von den Einnahmen entfielen 33,5 Prozent auf die Direkte Bundessteuer (DBST). Sie ist mit der Mehrwertsteuer die grösste Einnahme des Bundes. Die DBST wird auf den Einkommen natürlicher Personen und auf dem Reingewinn juristischer Personen erhoben. Einkommens- und Gewinnsteuer haben dasselbe Gewicht (je rund 50 % der DBST). Die Einnahmen 2020 stammen zur Hauptsache aus den steuerbaren Einkommen und Gewinnen des Jahres 2019.

Verrechnungssteuer: 5 216 Mio.

Der Anteil der Verrechnungssteuer an den Einnahmen betrug 7,2 Prozent. Besteuert werden die Kapitalerträge wie Dividenden und Zinsen. Die Einnahmen aus der Verrechnungssteuer sind ein Saldo aus den Eingängen und den Rückerstattungen sowie der Rückstellung für die noch erwarteten Rückerstattungen. Da diese Grössen schwanken, unterliegt der Saldo starken, grösstenteils unvorhersehbaren Schwankungen. Aus diesem Grund wird der Ertrag der Verrechnungssteuer mittels einer statistischen Glättungsmethode geschätzt, welche den Trend erfasst. Dies führt kurzfristig zu Abweichungen vom budgetierten Wert; dafür wird im Durchschnitt eine höhere Schätzgenauigkeit erreicht.

Mineralölsteuer: 4 243 Mio.

Im Jahr 2020 belief sich der Anteil an den Einnahmen 5,9 Prozent. Insgesamt sind rund drei Viertel der Einnahmen zweckgebunden für den Strassenverkehr und den Luftverkehr (60 % der Grundsteuer und der gesamte Zuschlag).

Stempelabgaben: 2 421 Mio.

Die Stempelabgaben beliefen sich auf 3,4 Prozent der Einnahmen. Die Umsatzabgabe auf Börsentransaktionen macht über die Hälfte der Stempelabgaben aus und beeinflusst deren Entwicklung demzufolge stark. Die Emissionsabgabe auf der Schaffung von Eigenkapital schwankt stark, da sie vom Eigenkapitalbedarf der Unternehmen abhängt. Drittes Element sind die relativ stabilen Einnahmen aus dem Stempel auf Versicherungsprämien.

Tabaksteuer: 2 105 Mio.

Der Anteil der Tabaksteuer an den Einnahmen lag 2020 bei 2,9 Prozent. Die Erträge sind zweckgebunden für die AHV.

Übrige Fiskaleinnahmen: 6 908 Mio.

Die übrigen Fiskaleinnahmen setzen sich hauptsächlich zusammen aus den Verkehrsabgaben, wie der Schwerkverkehrsabgabe, und den Lenkungsabgaben, wie der CO₂-Abgabe.

Nichtfiskalische Einnahmen: 4 776 Mio.

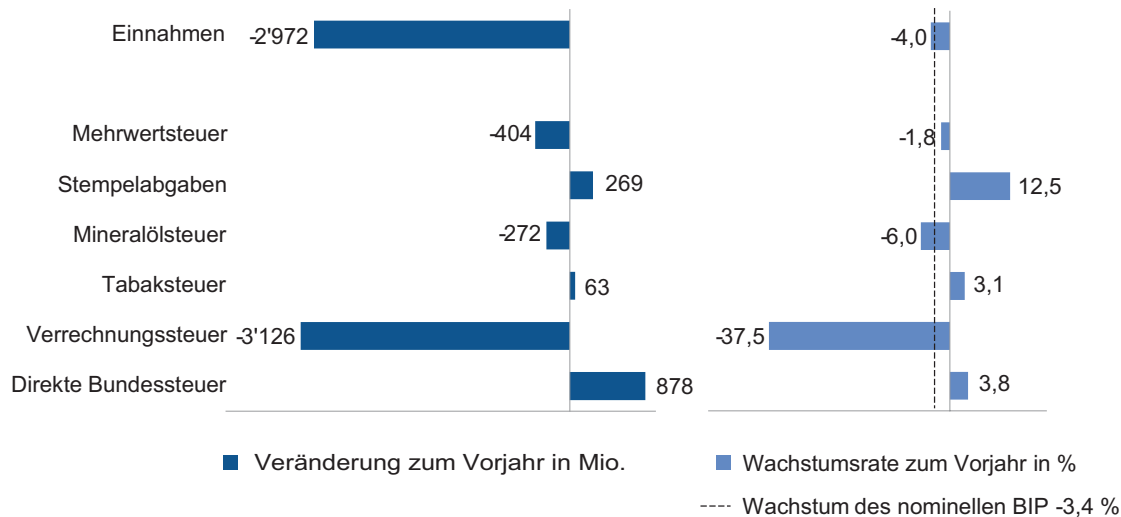
Der Anteil der nichtfiskalischen Einnahmen an den Einnahmen lag 2020 bei 6,6 Prozent. Sie beinhalten unter anderem die Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank (SNB), aber auch weitere Einnahmen wie die Wehrpflichtersatzabgabe, die Liegenschaftserträge oder Gebühren.

Ausserordentliche Einnahmen: 125 Mio.

Insbesondere einmalige Einnahmen werden gemäss Schuldenbremse ausserordentlich verbucht. Im Jahr 2020 stammten diese aus Gewinneinzahlungen der FINMA (70 Mio.), der Rückzahlung von Sanitätsmaterial, welches vom Bund vorfinanziert wurde (45 Mio.), und aus der Unterstützung des Luftverkehrs (10 Mio.).

Entwicklung der Einnahmen 2020

in Mio. und %



Einnahmen

Die Einnahmen blieben infolge des Wirtschaftseinbruchs unter dem Vorjahr (-4,0 % oder -3,0 Mrd.) und unter dem Budget (-3,6 Mrd.). Den grössten Rückgang gegenüber dem Vorjahr verzeichnete die Verrechnungssteuer (-3,1 Mrd.), weil die Unternehmen weniger Dividenden ausschütteten und weniger Aktienrückkäufe tätigten. Auch die Mehrwertsteuer (-0,4 Mrd.) und die übrigen Verbrauchssteuern (-0,3 Mrd., insb. Mineralölsteuer) blieben unter dem Niveau von 2019. Die Einnahmen aus der direkten Bundessteuer verzeichneten noch ein Wachstum (+0,9 Mrd.), weil sie auf den Einkommen und Gewinnen 2019 basierten.

Mehrwertsteuer

Die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer (MWST) beliefen sich auf 22,1 Milliarden; sie blieben damit 0,4 Milliarden unter dem Vorjahr (-1,8 %). Der Budgetwert wurde ebenfalls deutlich unterschritten (-1,5 Mrd.). Der Einnahmerrückgang war nicht so stark wie derjenige des nominalen Bruttoinlandsprodukts (BIP; -3,4 %). Dies ist darauf zurückzuführen, dass ein Teil der Mehrwertsteuereinnahmen 2020 aus dem 4. Quartal 2019 stammt.

Stempelabgaben

Die Einnahmen aus den Stempelabgaben beliefen sich auf 2,4 Milliarden; sie übertrafen damit sowohl das Vorjahr (+269 Mio.) als auch den Budgetwert (+251 Mio.). Die Unsicherheit im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie führte zu einem starken Anstieg der Handelsaktivitäten an der Schweizer Börse. Daraus resultierte eine starke Zunahme der Einnahmen aus der Umsatzabgabe, sowohl gegenüber dem Vorjahr (+254 Mio.) als auch gegenüber dem Budget (+276 Mio.). Die Einnahmen aus der Emissionsabgabe nahmen gegenüber dem Vorjahr zu (+6 Mio.) verfehlten den Budgetwert aber deutlich (-41 Mio.). Beim Prämienquittungsstempel betrug die Zunahme gegenüber dem Vorjahr 9 Millionen und gegenüber dem Budget 16 Millionen.

Mineralölsteuer

Die Einnahmen aus der Mineralölsteuer gehen seit 2008 zurück. Im Jahr 2020 lagen die Einnahmen 272 Millionen unter dem Vorjahresniveau. Im Vergleich zum Voranschlag ist die Abweichung noch höher (-332 Mio.). Dies hat zwei Gründe: Die per 1.7.2020 vorgesehene Erhöhung der Steuersätze für Benzin und Dieselöl ist erst per 1.1.2021 in Kraft getreten (ca. -110 Mio.). Darüber hinaus hatten die Massnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie einen Einnahmerrückgang zur Folge. Insbesondere in den Monaten März bis Mai brach das Verkehrsvolumen stark ein (ca. -285 Mio.).

Tabaksteuer

Die Einnahmen der Tabaksteuer liegen über dem Vorjahr (+63 Mio.) und über dem Budget (+105 Mio.). Einerseits sank der Einkaufstourismus ins benachbarte Ausland, andererseits fielen die Duty-free-Einkäufe aufgrund des stark eingeschränkten Flugverkehrs weitgehend weg. Die Tabaksteuer leistet einen Beitrag an die Finanzierung des Bundesbeitrags an die AHV/IV.

Verrechnungssteuer

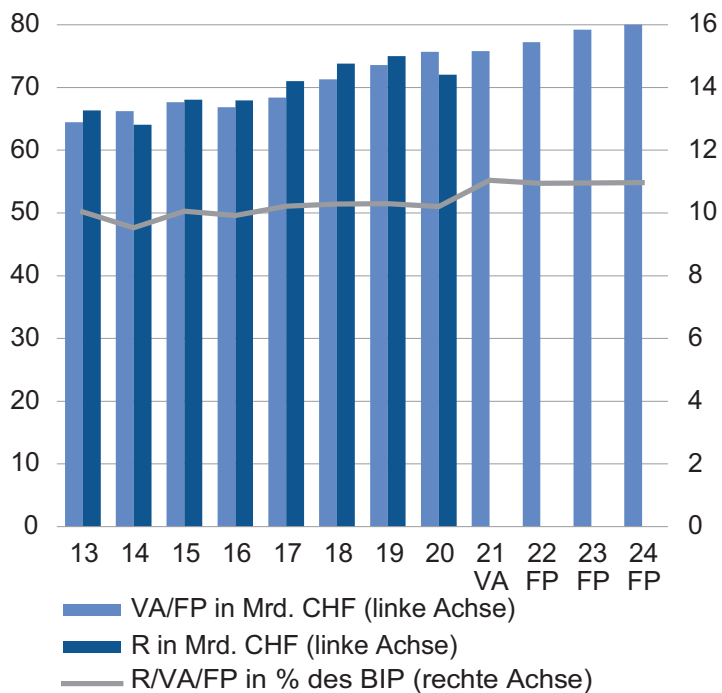
Die Einnahmen aus der Verrechnungssteuer beliefen sich im Jahr 2020 auf 5,2 Milliarden. Sie ergeben sich aus den Eingängen (30,5 Mrd.), den Rückerstattungen (-27,2 Mrd.) und einer teilweisen Auflösung der Rückstellung (+1,9 Mrd.). Mit 5,2 Milliarden blieben die Einnahmen 3,1 Milliarden unter dem Vorjahr und auch unter dem Budget (-2,7 Mrd.). Der starke Rückgang gegenüber 2019 ist überwiegend auf die tieferen Eingänge zurückzuführen (-21 %), insbesondere weil die Unternehmen weniger Ausschüttungen vornahmen (Dividenden und Aktienrückkäufe). Die bisherige Entwicklung von beinahe jährlich steigenden Eingängen wurde dadurch unterbrochen. Die Rückerstattungen sind demgegenüber weniger zurückgegangen (-6 %). Schliesslich konnte die Rückstellung für zukünftig erwartete Rückforderungen um 1,9 Milliarden reduziert werden.

Direkte Bundessteuer

Die Einnahmen der direkten Bundessteuer nahmen gegenüber dem Vorjahr um 0,9 Milliarden zu; der Budgetwert wurde leicht übertroffen (+0,1 Mrd.). Die Einnahmen aus der Einkommensteuer stiegen gegenüber 2019 um 0,6 Milliarden (+5,1 %). Diese Entwicklung wird durch die relativ gute wirtschaftliche Situation im Geschäftsjahr 2019 beeinflusst, aus dem die überwiegende Mehrheit der im Jahr 2020 verzeichneten Einnahmen stammt (72 %). Darüber hinaus sind die Vorauszahlungen für das Jahr 2020 gestiegen. Die Gewinnsteuer verzeichnete eine Zunahme von 0,3 Milliarden (+2,5 %). Die Zunahme ist auf die gute wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2019 zurückzuführen, aus dem 76 Prozent der Einnahmen stammen. Die Vorauszahlungen gingen leicht zurück.

Entwicklung der Einnahmen

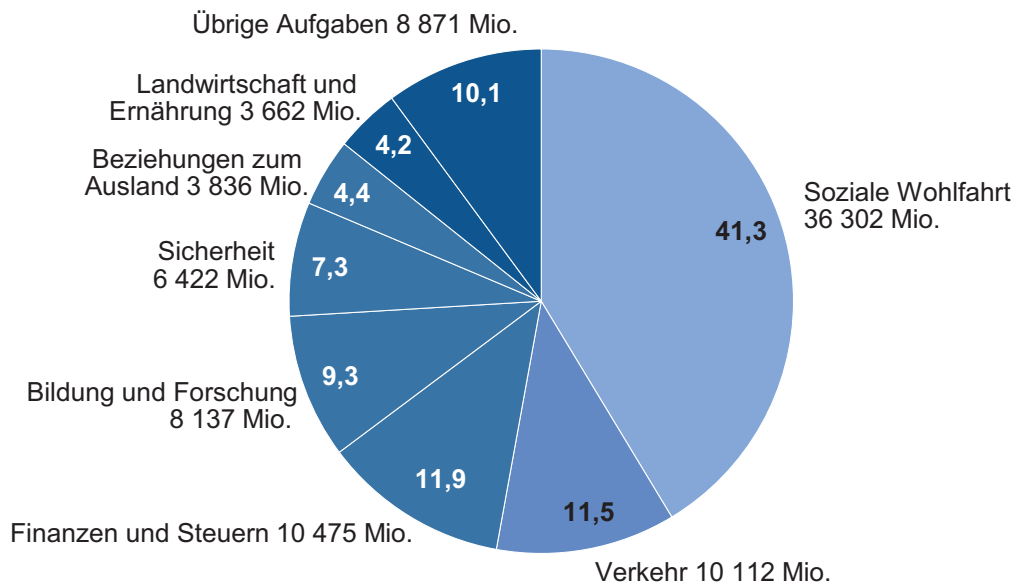
in Mrd. und % des BIP



Die Einnahmen verzeichneten im Jahr 2020 einen Rückgang von 3,0 Milliarden oder 4,0 Prozent. Der Einnahmerrückgang war damit stärker als der Rückgang des nominalen Bruttoinlandprodukts (BIP; -3,4 %). Die Einnahmenquote sank deshalb leicht, von 10,3 auf 10,2 Prozent des BIP.

Ausgaben nach Aufgabengebieten 2020

Anteile in Prozent



Soziale Wohlfahrt: 36 302 Mio.

Im Jahr 2020 entfielen 41,3 Prozent der Bundesausgaben auf die Soziale Wohlfahrt. Infolge der Corona-Pandemie lagen diese Ausgaben um 13,9 Milliarden über dem Vorjahr. Gut ein Drittel der gesamten Ausgaben wurden für die Altersversicherung verwendet und knapp ein Drittel für die Arbeitslosenversicherung. Weitere bedeutende Bereiche umfassen die Bundesbeiträge an die Invalidenversicherung und die individuelle Prämienverbilligung sowie die Ausgaben im Bereich Migration.

Finanzen und Steuern: 10 475 Mio.

Der Anteil der Finanzen und Steuern an den Ausgaben lag im Jahr 2020 bei 11,9 Prozent. Das Ausgabenwachstum in diesem Bereich ist weitgehend vorgegeben und nur auf lange Frist beeinflussbar. Die Anteile Dritter an den Bundeseinnahmen beispielsweise sind gesetzlich geregelt und hängen direkt von der Höhe der Einnahmen ab und die Zinsausgaben ergeben sich aus der Verschuldung und der Entwicklung der Zinssätze.

Verkehr: 10 112 Mio.

Der Anteil des Verkehrs an den Ausgaben belief sich 2020 auf 11,5 Prozent. Die Verkehrsausgaben beinhalten die Ausgaben für den Schienenverkehr und öffentlichen Verkehr (65 %), für den Strassenverkehr (32 %) und für die Luftfahrt (3 %). Die Verkehrsausgaben sind aufgrund von diversen Zweckbindungen und gesetzlichen Vorgaben zum grossen Teil gebunden. Sie fliessen vor allem in den Bahninfrastrukturfonds (BIF) sowie den Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds (NAF), über welche Betrieb, Unterhalt und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur gesteuert werden.

Bildung und Forschung: 8 137 Mio.

Rund 9,3 Prozent der Ausgaben entfielen auf dieses Aufgabengebiet. Bildung und Forschung ist ein prioritäres Aufgabengebiet des Bundes. Die Entwicklung des Aufgabengebiets wurde bis Ende 2020 grösstenteils durch die vom Parlament gefällten Beschlüsse zur BFI-Botschaft 2017–2020 und die europäischen Bildungs- und Forschungsprogramme geprägt. Die zukünftige Entwicklung des Aufgabengebiets wird stark geprägt durch die vom Parlament gefällten Beschlüsse zur BFI-Botschaft 2021–2024 und der verabschiedeten Botschaft zur Finanzierung der Schweizer Beteiligung am Horizon-Paket 2021–2027.

Sicherheit: 6 422 Mio.

Die Sicherheit machte 7,3 Prozent der Ausgaben aus. Über 80 Prozent der Ausgaben für das Ausgabegebiet Sicherheit entfallen auf die militärische Landesverteidigung, welche durch den mit der Armeebotschaft 2020 beantragten Zahlungsrahmen der Armee 2021-2024 festgelegt werden. Das Aufgabegebiet beinhaltet die Aufgaben «Militärische Landesverteidigung», «Bevölkerungsschutz und Zivildienst», «Polizei, Strafvollzug und Nachrichtendienst» und «Grenzkontrollen».

Landwirtschaft und Ernährung: 3 662 Mio.

Rund 4,2 Prozent der Ausgaben entfielen auf die Ausgaben für die Landwirtschaft und Ernährung. Der Grossteil dieser Ausgaben wird über drei Zahlungsrahmen gesteuert. Das Parlament hat die Höhe der Zahlungsrahmen für die Umsetzung der Agrarpolitik 2018–2021 wie folgt festgelegt: Direktzahlungen 11,25 Milliarden, Produktion und Absatz 2,0 Milliarden, Grundlagenverbesserung und Sozialmassnahmen 0,6 Milliarden.

Beziehungen zum Ausland: 3 836 Mio.

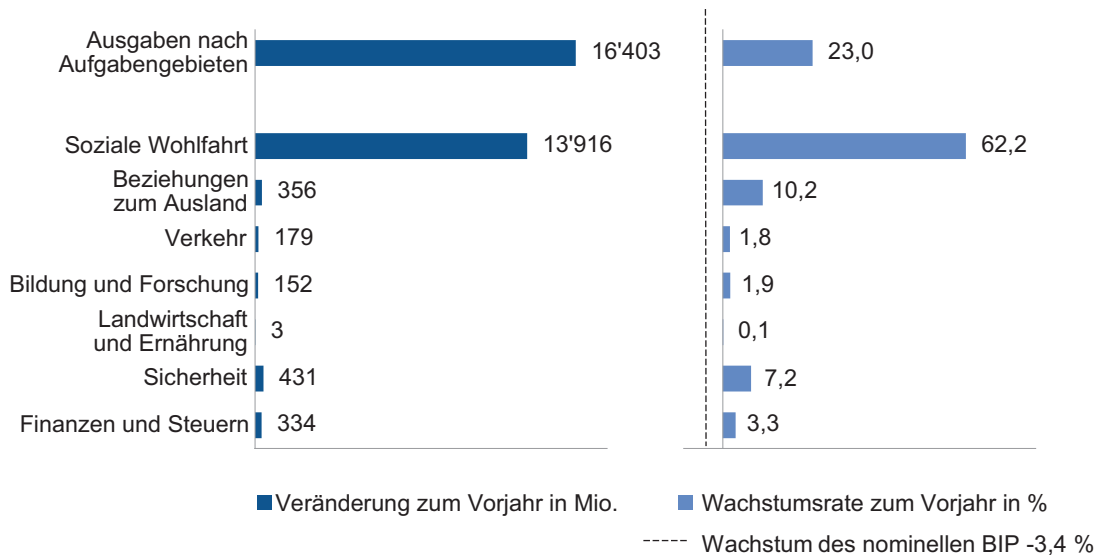
Gut drei Viertel der Ausgaben im Aufgabegebiet werden für die Entwicklungszusammenarbeit aufgewendet. Der Rest entfällt zum grösseren Teil auf die politischen Beziehungen, also unter anderem auf die diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Schweiz sowie auf Aufwendungen zugunsten von internationalen Organisationen.

Übrige Aufgabegebiete: 8 871 Mio.

Die Ausgaben der übrigen fünf Aufgabegebiete (Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen, Kultur und Freizeit, Gesundheit, Umweltschutz und Raumordnung, Wirtschaft) machten 10,1 Prozent der Ausgaben aus.

Entwicklung der Ausgaben nach Aufgabengebieten 2020

in Mio. und %



Ausgaben nach Aufgabengebieten

Die Ausgaben waren um 16,4 Milliarden (+23 %) höher als im Vorjahr und lagen auch deutlich über dem Budget (+12,5 Mrd.). Zur Abfederung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie und zur Gewährleistung der Gesundheitsversorgung tätigte der Bund bis Ende 2020 Ausgaben von 15 Milliarden. Zu den grössten Massnahmen zählten die Ausgaben für die Kurzarbeitsentschädigung (10,8 Mrd.) und den Corona-Erwerbsersatz (2,2 Mrd.).

Auch unter Ausklammerung der Corona-Massnahmen stiegen die Ausgaben gegenüber dem Vorjahr spürbar an (+1,4 Mrd. oder 2,0 %). Dies ist hauptsächlich auf das Inkrafttreten der «Steuerreform und AHV-Finanzierung (STAF)» zurückzuführen. Mit der STAF wurde nicht nur der Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer erhöht, sondern auch der Bundesbeitrag an die AHV-Ausgaben. Zudem fliesst das Demografieprozent der Mehrwertsteuer neu vollumfänglich in den AHV-Ausgleichsfonds.

Soziale Wohlfahrt

Die Ausgaben für die Soziale Wohlfahrt nahmen 2020 infolge der Corona-Pandemie um 13,9 Milliarden zu (+62 %). Dieser Zuwachs ist grösstenteils auf die Kurzarbeitsentschädigung (+10,8 Mrd.) und den Corona-Erwerbsersatz (+2,2 Mrd.) zurückzuführen. Daneben stiegen die Ausgaben für die Altersversicherung um 904 Millionen (+7,8 %) auf 12,5 Milliarden. Der Bundesbeitrag an die AHV stieg um 5,1 Prozent (+448 Mio.). Diese Zunahme ist zu einem grossen Teil auf die Umsetzung der STAF zurückzuführen. Zudem wird das Mehrwertsteuerprozent seit 2020 vollumfänglich der AHV zugewiesen (vorher 83 %), dadurch flossen der AHV im 2020 zusätzlich 439 Millionen mehr zu.

Beziehung zum Ausland

Die Ausgaben für die Beziehungen zum Ausland nahmen im Jahr 2020 um 10,2 Prozent zu (+356 Mio.). Das starke Wachstum ist im Wesentlichen auf Beiträge und Darlehen für die Entwicklungshilfe zur Bewältigung der Corona-Pandemie zurückzuführen (+343 Mio.). Im Gegenzug sanken die Ausgaben für die Politischen Beziehungen (-35 Mio.), insbesondere aufgrund tieferer Ausgaben für Bau- und Renovierungsdarlehen zugunsten internationalen Organisationen in Genf (-23,5 Mio.), aber auch aufgrund des Rückgangs der Auslandsreisen und der Absage von Veranstaltungen.

Verkehr

Die Verkehrsausgaben nahmen 2020 um 1,8 Prozent zu (+179 Mio.). Die Gründe für das Wachstum waren die höhere Einlage in den Bahninfrastrukturfonds (+221 Mio.) sowie die Rekapitalisierung von Skyguide (+150 Mio.). Die Ausgaben für den Strassenverkehr gingen hingegen zurück (-244 Mio.), weil die Einnahmen aus der Mineralölsteuer sanken und die Einlage in den NAF entsprechend tiefer ausfiel.

Bildung und Forschung

Die Ausgaben für Bildung und Forschung nahmen gegenüber dem Vorjahr um 1,9 Prozent zu (+152 Mio.). Die Ausgaben für die angewandte Forschung stiegen um 52 Millionen, was auf die Beiträge an Innosuisse (+ 27 Mio.) und die Satellitennavigationsprogramme Galileo und EGNOS (+21 Mio.) zurückzuführen ist. Einen Zuwachs verzeichneten auch die Ausgaben für die Hochschulen (+39 Mio.), die Grundlagenforschung (+29 Mio.) und die Berufsbildung (+27 Mio.).

Landwirtschaft und Ernährung

Die Ausgaben blieben, wie im Rahmen der Agrarpolitik 2018–2021 vorgesehen, praktisch auf dem Vorjahresniveau (+0,1 %). Drei Viertel der Ausgaben für die Landwirtschaft entfallen auf Direktzahlungen (2,8 Mrd.); diese bleiben im Vorjahresvergleich nahezu konstant (-3 Mio.). Der Anstieg der Ausgaben im Bereich Produktion und Absatz (+14 Mio.) war auf Marktentlastungsmassnahmen für Wein und Fleisch zurückzuführen. Die Ausgaben für den Bereich Grundlagenverbesserung und Sozialmassnahmen blieben konstant (-1 Mio.), während die übrigen Ausgaben um 7 Millionen abnahmen.

Sicherheit

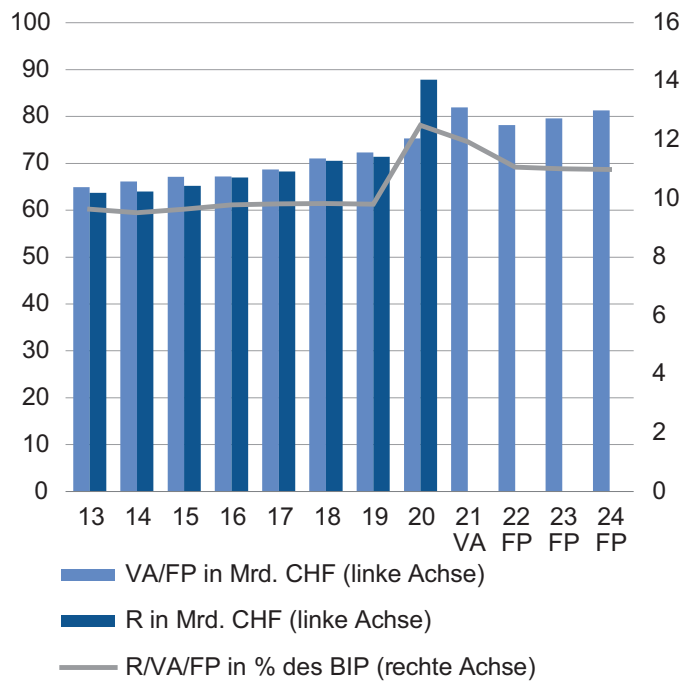
Die Ausgaben für die Sicherheit nahmen 2020 deutlich zu und erreichten 6,4 Milliarden (+7,2 %). Der überwiegende Teil dieses Anstiegs war auf höhere Rüstungsausgaben im Zuge der Weiterentwicklung der Armee zurückzuführen (WEA; +292 Mio.). Zwei weitere Wachstumstreiber waren die höheren Mittel zugunsten des Nachrichtendienstes und des Bundesamts für Polizei (fedpol; +21 Mio.) sowie eine Einmalzahlung von 106 Millionen im Zusammenhang mit der Erhöhung des Rentenalters der Berufsmilitärs und des Grenzwachtkorps.

Finanzen und Steuern

Die Ausgaben für das zweitgrösste Aufgabengebiet nahmen um 3,3 Prozent zu. Die Ausgaben für die Schuldzinsen gingen dank des anhaltend tiefen Zinsniveaus weiter zurück (-150 Mio.). Die Anteile der Kantone an Bundes-einnahmen stiegen um 415 Millionen. Während sie bei der direkten Bundessteuer wegen Einführung der STAF zunahmen (+1,1 Mrd.), sanken sie bei der Verrechnungssteuer aufgrund des Einnahmerückgangs (-0,6 Mrd.). Die Ausgaben für den Finanzausgleich lagen über dem Vorjahreswert (+63 Mio.).

Entwicklung der Ausgaben

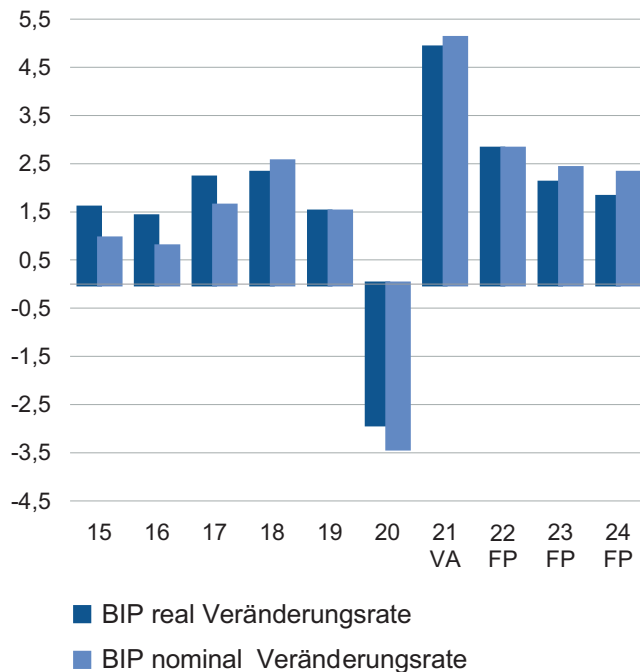
in Mrd. und % des BIP



Die Ausgaben waren um 16,4 Milliarden (+23 %) höher als im Vorjahr, während das nominale Bruttoinlandprodukt zurückging (BIP; -3,4 %). Die Ausgabenquote verzeichnet deshalb einen Anstieg von 9,8 auf 12,5 Prozent des BIP. Auch unter Ausklammerung der Massnahmen zur Bewältigung der Corona-Pandemie (15 Mrd.) stiegen die Ausgaben gegenüber dem Vorjahr um 2,0 Prozent. Der Hauptgrund dafür war die «Steuerreform und AHV-Finanzierung (STAF)», die am 1.1.2020 in Kraft getreten ist und 2020 zu Mehrausgaben von 1,6 Milliarden führte.

Entwicklung der Wirtschaftsleistung

Veränderungsraten BIP real und BIP nominal (in %, sportevent-bereinigt)



Quellen:

2015–2019: Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO)

2020: Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO), Quartalsschätzung vom 11.3.2021

2021: Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO), Schätzung Expertengruppe Konjunkturprognosen vom 16.6.2020

2022-2024: Prognosen gemäss Botschaft zum Voranschlag 2021 mit IAFP 2022-2024 vom 19.8.2020

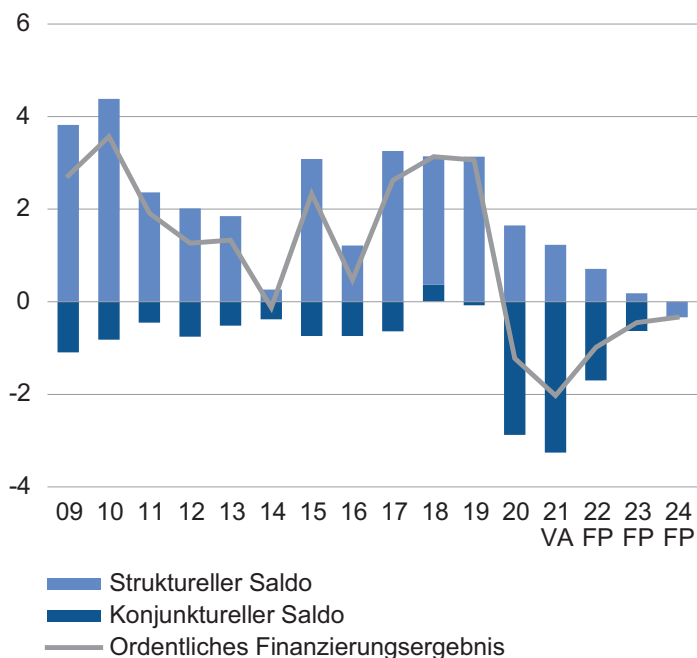
Im Voranschlag 2020 wurde noch von einem realen Wirtschaftswachstum von 1,7 Prozent ausgegangen. Die Wirtschaftsaktivität wurde jedoch durch die Corona-Pandemie und die Eindämmungsmassnahmen stark behindert. Alle Branchen – mit Ausnahme der chemisch-pharmazeutischen Industrie – verzeichneten im ersten Halbjahr einen starken Einbruch der Wertschöpfung. Im zweiten Halbjahr war eine deutliche Erholung spürbar, das Vorkrisenniveau konnte aber nicht erreicht werden. Insgesamt war der Wirtschaftseinbruch mit -2,9 Prozent zwar weniger stark als Mitte Jahr befürchtet. Es handelt sich aber um den stärksten Wirtschaftseinbruch seit 1975.

Die Teuerung blieb mit -0,7 Prozent im negativen Bereich, bedingt durch den tiefen Erdölpreis und die Aufwertung des Schweizer Frankes gegenüber dem Euro und dem US-Dollar. Im Voranschlag wurde noch von einer positiven Teuerung von 0,6 Prozent ausgegangen. Das nominale Wirtschaftswachstum, das auch die Teuerung miteinbezieht, belief sich auf -3,4 Prozent (VA: +2,3 %).

Die Auswirkung der Krise auf den Arbeitsmarkt und die Beschäftigung konnte dank der Kurzarbeitsentschädigung gedämpft werden. Trotzdem stieg die Arbeitslosenquote im Verlaufe des Jahres und betrug im Jahresdurchschnitt 3,1 Prozent (2019: 2,3 %).

Der Bundeshaushalt aus Sicht der Schuldenbremse

in Mrd.

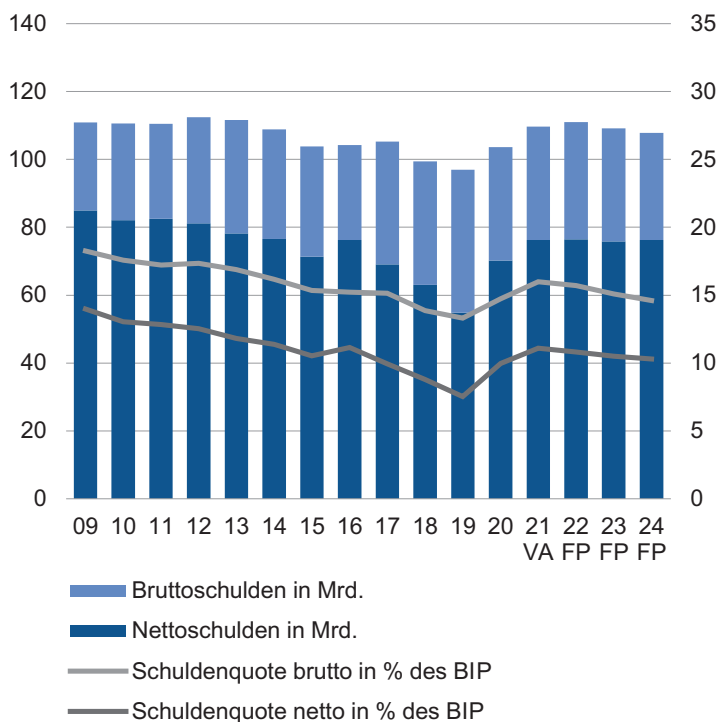


Aufgrund der Corona-Pandemie fiel die Schweizer Wirtschaft im Jahr 2020 in eine Rezession. Durch die Ausgestaltung der Schuldenbremse blieb der Bund trotz der grossen Belastung handlungsfähig. Im ordentlichen Haushalt gleicht der Konjunkturfaktor die Einnahmenschwankungen aus. Im Jahr 2020 wäre deshalb ein konjunkturbedingtes Defizit von 2,9 Milliarden zulässig gewesen. Effektiv belief sich das ordentliche Finanzierungsergebnis auf 1,2 Milliarden. Damit wurden die Vorgaben der Schuldenbremse für den ordentlichen Haushalt um 1,6 Milliarden übertroffen (struktureller Überschuss). Weiter erlaubt die Schuldenbremse in Ausnahmefällen zusätzliche Ausgaben, die nicht unter die Beschränkung für ordentliche Ausgaben fallen. Die Corona-Ausgaben wurden deshalb grösstenteils als ausserordentliche Ausgaben verbucht (14,7 Mrd.).

Offen ist die Frage, wie der Bund mit der coronabedingten Verschuldung umgehen will. Konkret geht es dabei um den Fehlbetrag des Amortisationskontos, der gemäss Finanzhaushaltgesetz innerhalb von sechs Jahren wieder ausgeglichen werden muss. Aufgrund der hohen ausserordentlichen Ausgaben im Jahr 2020 (14,7 Mrd.) beläuft sich der Fehlbetrag Ende 2020 auf 9,8 Milliarden und könnte bis 2021 auf 27 Milliarden ansteigen. Der Bundesrat will dazu im Sommer 2021 eine Vernehmlassungsvorlage mit den nötigen Gesetzesänderungen vorlegen. Zu diesem Zeitpunkt sollte die Höhe des Fehlbetrags abschätzbar sein.

Schulden und Schuldenquote

in Mrd. und % BIP



Der Bund deckte seinen hohen Finanzierungsbedarf im Jahr 2020, indem er seine Verschuldung erhöhte (+6,6 Mrd.) und gleichzeitig das Finanzvermögen reduzierte (-8,7 Mrd.). Die Bruttoschulden stiegen damit auf 103,6 Milliarden (+6,6 Mrd.). Die Nettoschulden berücksichtigen beide Grössen (Bruttoschulden abzgl. Finanzvermögen); sie stiegen deshalb um 15,3 Milliarden auf 70,2 Milliarden an.

Die Bruttoschulden umfassen die laufenden Verbindlichkeiten sowie die kurz- und langfristigen Finanzverbindlichkeiten. Erstere sind vor allem Verbindlichkeiten gegenüber den Steuerpflichtigen und den Kantonen, Letztere Schuldpapiere des Bundes (Anleihen und Geldmarktbuchforderungen). Der Anstieg um 6,6 Milliarden ist auf die höheren Finanzverbindlichkeiten zurückzuführen (insb. Geldmarktbuchforderungen +6,8 Mrd.; Verpflichtungen ggü. Arbeitslosenversicherung +1,9 Mrd.). Demgegenüber sind die laufenden Verbindlichkeiten um 2,3 Milliarden zurückgegangen.

Die Nettoschulden sind definiert als Bruttoschulden abzüglich Finanzvermögen. Das Finanzvermögen könnte im Bedarfsfall zur Tilgung der Schulden verwendet werden. Die flüssigen Mittel und kurzfristigen Finanzanlagen gingen stark zurück (-9,6 Mrd.), während die langfristigen Finanzanlagen aufgrund höherer Darlehen an die SBB und den Bahninfrastrukturfonds zunahmen (+0,8 Mrd.).

Nicht Teil der Brutto- und Nettoschulden sind die Rückstellungen und die Eventualverbindlichkeiten. Beide Grössen können jedoch einen massgeblichen Einfluss auf die zukünftige Verschuldung des Bundes haben. Das gilt vor allem für die Rückstellungen, wo ein zukünftiger Mittelabfluss als wahrscheinlich erachtet wird. Per Ende 2020 bürgt der Bund neu für Covid-Überbrückungskredite an Unternehmen von 15,3 Milliarden. Davon ist ein Betrag von 2,3 Milliarden in den Rückstellungen erfasst.